

## Politik der Illusionen?

Jens Hacker: „Deutsche Irrtümer“. Ullstein Verlag, Berlin; 615 Seiten; 58 Mark.

**K**aum zwei Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung ist eine heftige Debatte über die Bonner Ostpolitik der beiden zurückliegenden Jahrzehnte ausgebrochen. Gestritten wird vor allem darum, ob die von der sozial-liberalen Koalition Brandt/Scheel 1969 eingeleitete Entspannungsoffensive tatsächlich zum „Wandel durch Annäherung“ geführt oder das DDR-Regime nicht mehr als nötig stabilisiert habe. In dieser Kontroverse bezieht der Regensburger Politikwissenschaftler Jens Hacker in seiner Studie über „Deutsche Irrtümer“ einen sehr prononcierten Standpunkt. Er wirft – recht pauschal – all jenen illusionären und ahistorischen „Status-quo-Denken“ vor, die den Dialog mit den Machthabern in Ost-Berlin voranbringen wollten.

Diese „Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur“, lautet Hackers Verdikt; hätten sich in den siebziger und achtziger Jahren vom Gedanken an die Einheit Deutschlands verabschiedet und damit deutschlandpolitisch ver-



Deutsch-deutsche Unterhändler Kohl, Bahr 1971 in Bonn

sagt – eine sicherlich überzogene Folgerung. Denn was bei Hacker so zwingend und plausibel erscheint, die Wiedervereinigung, war alles andere als vorhersehbar und mußte, wie der Wissenschaftler denn auch einräumt, die gesamte Öffentlichkeit überraschen – ihn eingeschlossen.

Nachdem alle durch die Ereignisse seit 1989 klüger geworden sind, sollten Urteile über die Epoche davor um so behutsamer formuliert werden. Wer Politik nicht im Horizont zeitbedingter Möglichkeiten und wahrscheinlicher Szenarien deutet, argumentiert nun wirklich ahistorisch. Hacker beklagt etwa, daß die Brandtsche Deutschlandpolitik es veräumt habe, „eine innere Liberalisierung der DDR herbeizuführen“. Bloß wie? Der Verfasser weiß selbst nur zu genau, daß Bonn dazu letztlich über keine „Machtmittel verfügte“,

ebenso wie eine „isolierte Lösung der deutschen Frage“ auch seine Vorstellungskraft überstieg. Dazu, wie wahr, „bedurfte es erst eines Michail Gorbatschow“.

Der hätte, da ist Hacker allerdings beizupflichten, nicht nur die Sozialdemokraten durchaus ermutigen können, außer offiziellen Kontakten zum SED-Establishment beizeiten auch das Gespräch mit oppositionellen Bürgergruppen in der DDR zu suchen.

## Neue Unsicherheit

Ralf Dahrendorf: „Der moderne soziale Konflikt“. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart; 326 Seiten; 44 Mark.

**I**n seinem Essay „Der moderne soziale Konflikt“ sieht der Soziologe Ralf Dahrendorf die Summe seiner Sozialwissenschaft. Da wäre, bei einem Denker

vom Schlage des Wahlbrüthen, viel zu erwarten.

Doch diesmal enttäuscht der liberale Außenseiter, seit 1987 Rektor am St. Anthony's College in Oxford, sein Publikum. Zwar nimmt das Buch die überraschende Zeitenwende des Jahres 1989 auf. Aber anders als in Dahrendorfs „Betrachtungen über die Revolution in Europa“, die als unmittelbare Reaktion ein furioses Manifest radikalliberalen Geistes waren, wirken die jüngsten Reflektionen des Autors – alte Themen und alte Thesen – seltsam blaß und abgehoben.

Seit über zehn Jahren verkündet der Theoretiker des sozialen Wandels nun das „Ende des sozialdemokratischen Jahrhunderts“, ohne je gesagt zu haben, was genau er damit meint. Mindestens ebensolange plagt er sich mit dem Konflikt zwischen Freiheit und Bindung ab, der Liberale immer wieder in die Zwickmühle bringt. Viel ist dabei nicht herausgekommen; außer der Binsenweisheit, daß nichts mehr so ist, wie es einmal war, und für die Entwicklung und den Zusammenhalt moderner Industriegesell-

schaften wohl beides vonnöten ist, Freiheitschancen (Optionen) und normgestützte Orientierungsmuster (Ligaturen).

Wie die Erosion elementarer Sozialregeln und der Verfall der öffentlichen Ordnung aufzuhalten wären, über die Dahrendorf beredt klagt, weiß er allerdings auch nicht. Stets schwankt er zwischen begründetem Pessimismus und grundlosem Optimismus. Er warnt, zu Recht, vor „Nationalismus und Fundamentalismus“ als den „großen Anfechtungen der Modernität“. Sein Ratsschlag, ebenso wünschenswert wie wirklichkeitsfremd: „Wir brauchen die Weltbürgergesellschaft.“

Der Weltbürger Dahrendorf liebt es, von hoher, meist britischer Warte aus zu urteilen. Die kosmopolitische Sicht der Dinge schärft, wenn es um Deutschland geht, seinen Blick. Nicht zuletzt die kritischen Passagen über die bürokratische Erstarrung und das verbeamtete öffentliche Leben machen das Buch – allen Einwänden zum Trotz – reizvoll. Schade nur, daß sich der Autor nach solchen luziden Momenten immer wieder im Dschungel

der neuen Unübersichtlichkeit verliert: „Die Lage ist durchaus klar; sie ist nur höchst ungewiß.“



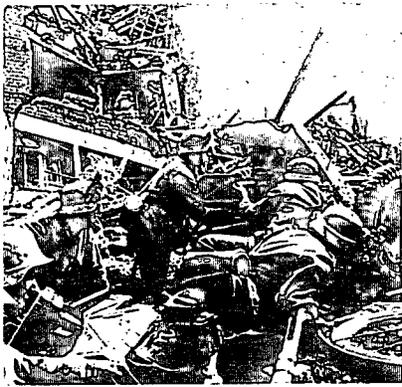
## Täter und Opfer

Wolfram Wette (Hrsg.): „Der Krieg des kleinen Mannes. Eine Militärgeschichte von unten“. Piper Verlag, München; 461 Seiten; 24,80 Mark.

**D**er Elsässer Bauer Dominik Richert hielt nichts vom Sterben auf dem Feld der Ehre. „Der gewöhnliche Soldat hat ja nichts weiter zu tun“, faßte der Musketier seine Kriegserlebnisse 1918 lakonisch zusammen, „als zu hungern, hurra zu schreien, sich von Läusen quälen und sich fürs ‚heißgeliebte Vaterland‘ totschießen zu lassen.“



Soziologe Dahrendorf in Oxford



Deutsche Truppen in Frankreich 1940

In der einschlägigen Literatur kommt diese Leidensgeschichte von unten bislang, bedauerlicherweise, so gut wie gar nicht vor. Der Historiker Wolfram Wette, Mitarbeiter am renommierten Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, will mit dem vorliegenden Sammelband über den „Krieg des kleinen Mannes“ die einseitig auf Schlachten und Generäle fixierte Militärgeschichtsschreibung korrigieren. Durch „exemplarische Individualisierung“ wollen Wette

und seine 26 Koautoren den Soldaten in dessen „Doppelrolle des Täters und Opfers“ aus der uniformierten Masse hervortreten lassen.

Die Beiträge spannen einen weiten Bogen vom Dreißigjährigen Krieg bis zur Bundeswehr, was Verdichtung und Vertiefung ein wenig vermissen läßt.

So wäre eine Konzentration auf die beiden Weltkriege zu begrüßen gewesen, spielte doch im August 1914 illusionäre und im September 1939 von den Nazis propagandistisch vorgaukelte Kriegsbegeisterung eine Rolle wie nie zuvor.

Hitlers Soldaten jedenfalls kämpften längst nicht alle so freudig für Volk und Vaterland, wie der Diktator das glauben machen wollte. Viele, die sich Drill und drohendem Fronttod durch Desertion entziehen wollten, mußten mit dem Schlimmsten rechnen. Bis 1945 wurden deshalb rund 15 000 deutsche Soldaten standrechtlich exekutiert.

## Ständige Berieselung

Hermann Ottensmeier: „Faschistisches Bildungssystem in Deutschland zwischen 1933 und 1989“. Verlag Dr. Kovac, Hamburg; 296 Seiten; 96,80 Mark.

In der Erziehungspraxis bei der Regime, so der Autor, zeige sich eine „Kontinuität zwischen Drittem Reich und DDR“. Das klingt einleuchtend und wenig verblüffend zugleich, haben Wissenschaftler, die der Totalitarismustheorie nahe stehen, doch immer schon Wesensverwandtschaften zwischen dem NS-Herrschaftssystem und kommunistischen Diktaturen unterstrichen.

Was als Vergleich erhellend sein könnte, mißbrät Hermann Ottensmeier in seiner Strukturanalyse über das Bildungssystem in Deutschland zwischen 1933 und 1989 am Beispiel des Geschichtsunterrichts jedoch zur simplen Gleichsetzung, weil er, wie einst linke Vereinfacher, mit einem dif-

fusen Faschismusbegriff hantiert, um 56 Jahre diktatorischen Elends auf einen Nenner zu bringen.

Zwar trifft durchaus zu, daß Nazi-Lehrer ebenso wie kurstreue SED-Genossen „Geschichte zu Herrschaftszwecken“ umbogen. Propa-



Autor Ottensmeier

giert wurde nur, was ins jeweilige ideologische Raster paßte; doch wie erfolgreich diese permanente Indoktrinierung tatsächlich war, geht aus der Untersuchung nicht hervor. Die ständige Berieselung mit Freund-Feind-Parolen und kanonisierten Glaubensformeln führte sicher nicht zur „Schöpfung des neuen Menschen“ (Ottensmeier), dafür aber zur Verformung ganzer Generationen, die, wie auch Hitler es wollte, „nicht mehr frei“ wurden.

Was die von linken Nostalgikern positiv verklärten schulischen Errungenschaften in der zerbröselten DDR angeht, räumt der Verfasser, Studienrat in Herford, mit ideologischem Schutt gründlich auf.

Wie ärgerlich nur, daß Ottensmeier mit einem modischen Revisionismus zu sympathisieren scheint, der von der Ex-DDR partout als „Mitteldeutschland“ sprechen muß. Noch fataler ist, daß er durch verkürzten Zitatvergleich Nazi-Ideologie und sozialistische Theoretiker als totalitäre Verderber in einen Topf wirft.

Denn nicht jeder, der sich in Ottensmeiers christlich-politischer Mitte womöglich unbehaust fühlt, ist gleich ein Rechts- oder Linksfaschist. Auch, übrigens, so sehr er in vielem geirrt hat, Karl Marx nicht:

## Wege nach rechts

Wilhelm Heitmeyer u. a.: „Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie“. Juventa Verlag, Weinheim, und München; 612 Seiten; 68 Mark.

Als Till sich zum ersten Mal an einem Raubüberfall auf einen Schwulen versucht, ist er gerade 16 Jahre alt. Er klaut, er trinkt, prügelt sich im Fußballstadion, wird zum Skinhead und jagt Ausländer. Mit 21 Jahren haßt er Fremde jeder Art und sehnt sich nach einer politischen „Partei, die durchgreifen kann“. Till ist rechtsradikal – einer von 31 jungen Männern zwischen 17 und 21 Jahren aus den alten Bundesländern, die eine Gruppe von Wissenschaftlern um den Bielefelder Soziologen Wilhelm Heitmeyer mehr als fünf Jahre lang begleitet hat. Durch die „erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher“ wollen Heitmeyer und seine Kollegen versuchen zu klären, wie Jugendliche in den Rechtsextremismus abgleiten.

Dabei widerlegen die Bielefelder drei gängige Klischees. Die erste These lautet, der Nationalsozialismus diene den Jugendlichen als Vorbild. Die Studie zeigt aber, daß historische Nazi-Positionen nicht zum „aktiven politischen Deutungsfundus“ der Jugendlichen heute zählen – sie können da-



Rechtsextreme Randalierer in Bonn

mit wenig anfangen. Die zweite ist die Verführungsthese – rechtsextreme Organisationen würden die Jugendlichen manipulieren. Diese These, so die Soziologen, verwechsle Folgen mit Ursachen. Die befragten Jugendlichen wurden rechtsradikal, hielten aber Distanz zu den einschlägigen Parteien. Die dritte These leitet Extremismus aus Arbeitslosigkeit ab. Nur irgendeine Arbeit jedoch, das belegen die Fälle, reicht nicht aus. Sie muß für den Jugendlichen Sinn machen, sonst zieht er seine einzige Befriedigung aus dem Konkurrenzkampf, der Rangordnung im Betrieb. Dann sei es oft nur ein kleiner Schritt vom gängigen „Hast du was, bist du was“ zum asozialen „Haßt du was, bist du was“.